



„In einen vernünftigen Kopf passt das nicht hinein“: Aktenordner zum K+S-Antrag.

Fotos: Veit

Pro und Contra zum Kalibergwerk – nun muss die Bergbaubehörde entscheiden

## „Dem Einwand wird widersprochen“

(lv) Hildesheim/Giesen. Bei den Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Kaliabbaus in Siegfried-Giesen geht es jetzt ans Eingemachte. Vier Tage dauerte der sogenannte Erörterungstermin in der Halle 39 in Hildesheim, bei dem sich Vertreter des Unternehmens Kali+Salz (K+S) und Privatpersonen sowie Vertreter von Behörden und Verbänden, die Einwände gegen das Projekt haben, gegenübermaßen. Geleitet und moderiert wurden die Tage vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) – diese Behörde muss das Vorhaben genehmigen.

Kritik gab es nicht nur bezüglich der geplanten neuen Halde und der Bahnstrecke, sondern auch am Verfahren selbst. So sei die Frist für Einwände viel zu kurz gewesen, dafür habe das LBEG seinerseits die Termine nicht eingehalten. „Diese Veranstaltung bewegt sich außerhalb des legalen Bereichs“, schimpfte ein Bürger, was der Jurist des Amtes zurückwies. Verhandlungsleiter Andreas Schleicher gab dem Kritiker insofern Recht, dass die Frist für Einwände zu kurz gewesen sei, gleichwohl gesetzlich so vorgeschrieben ist. Auch die Frist bis zum Beginn der Erörterung sei zwar vorgeschrieben, allerdings mit einem Unterschied: Der Gesetzgeber hat keine Konsequenzen vorgesehen, falls der Termin nicht eingehalten wird. „In einen vernünftigen Kopf passt das nicht hinein“, räumte Schleicher ein.

Besondere Schwerpunkte in den vier Tagen bildeten der Schutz des Grund- und Oberflächenwassers, die zusätzliche Verkehrsbelastung sowie die Vereinbarkeit der neu geplanten Halde mit dem Gewässer- und Na-



Verhandlungsleiter Andreas Schleicher (oben, 2.v.l.) bei der Erörterung.

turschutz. „Die Veranstaltung verlief sehr konzentriert und konstruktiv“, resümierte der Verhandlungsleiter. „Wir haben viele zusätzliche Informationen gewonnen, die in der nun folgenden Entscheidungsphase zu berücksichtigen sind.“ Der Erörterungstermin war Teil der Anhörungsphase im Planfeststellungsverfahren. Es wurden Argumente und Tatsachen aufgenommen, aber noch keine Entscheidungen gefällt. Das LBEG wird jetzt damit beginnen, die einzelnen Aspekte auszuwerten. Die Ergebnisse fließen dann in die weitere Prüfung des Antrags mit ein. Dies kann nochmal ein Jahr dauern.

Sollte die Genehmigung 2016 vorliegen, entscheidet das Unternehmen K+S, ob es den Kalibergbau in Giesen wieder aufnimmt und die neue Fabrik baut. Im Raum steht eine Investitionssumme von rund 500 Millionen Euro, bei Kali+Salz sollen mehr als 500 Arbeitsplätze entstehen, weitere 400 entstünden im Dienstleistungs-

bereich, sagte Gesamtprojektleiter Johannes Zapp. Bei einer Bauzeit von vier bis fünf Jahren könnte 2021 mit der Förderung begonnen werden. „Nach dem Gespräch mit der Unteren Naturschutzbehörde ist der Zeitplan sehr anspruchsvoll geworden“, deutete Zapp an. Er wolle aber daran festhalten. Auch sonst hält K+S an den Punkten fest, die im Zentrum der Kritik stehen. Die neue Kalihalde sei unabdingbar, da für circa ein Drittel der Rückstände unter Tage kein Platz sei. Auch an der Nutzung der Bahntrasse, die dicht an Wohnhäusern in Ahrbergen vorbeiführt, will das Unternehmen nicht rütteln.

Eine Antwort hat Ingo Fietz, Vorsitzender der Bürgerinitiative Giesen Schacht, während der vergangenen vier Tage besonders oft gehört: „Dem Einwand wird widersprochen“. Er und seine acht Mitstreiter, die sich für die Erörterung extra Urlaub genommen haben, wollen nun zunächst die Protokolle des LBEG abwarten.